

# Protest zur Gesundheitsminister- konferenz 2023

5. Juli | Friedrichshafen  
am Bodensee

ver.di

Sei  
dabei!

Wir sagen den Gesundheits-  
minister\*innen klar, was  
wir wollen!

Je mehr wir sind, desto besser.

**Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) hat eine »Revolution« ausgerufen. Richtig so! Das deutsche Gesundheitswesen braucht in der Tat grundlegende Veränderungen. Die Gesundheitsminister\*innen des Bundes und der Länder müssen ihre Politik neu ausrichten. Für uns ist die Richtung klar: Gemeinwohl statt Profit. Solidarität statt Wettbewerb.**

Wir lassen deshalb nicht locker. ver.di-Bundesvorstandsmitglied und Leiterin des Fachbereichs Gesundheit, Soziale Dienste, Bildung und Wissenschaft Sylvia Bühler stellt klar, worum es geht: »Es gilt, Jahrzehnte neoliberaler Politik der Kommerzialisierung, Deregulierung und Privatisierung zu überwinden. Das Gemeinwohl muss wieder im Zentrum stehen, ganz besonders in den Bereichen der Daseinsvorsorge.« Deshalb begleiten wir die anstehenden Reformen mit kritischem Blick. Und das nicht von Weitem. Sondern direkt da, wo die Verantwortlichen uns hören, in Friedrichs-

hafen, am Veranstaltungsort der GMK 2023. Dort machen wir unsere Forderungen an die zukünftige Gesundheitspolitik deutlich: Für eine am Gemeinwohl ausgerichtete Gesundheitspolitik, zum Wohle aller. Denn: Profitinteressen haben in der Daseinsvorsorge nichts verloren. **Im Fokus muss wieder das Gemeinwohl stehen – und damit auch der Mensch!**

## Los geht's:

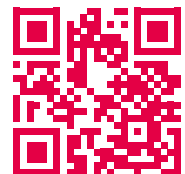
**Anreise:** bis 12 Uhr

**Kundgebung:** 11 Uhr bis ca. 15 Uhr

**Abfahrt:** ca. 16 Uhr

Infos zu Busabfahrten etc.  
folgen in Kürze.

Aktuelle Infos:  
[gmk2023.verdi.de](https://gmk2023.verdi.de)



**Gemeinwohl statt Profit**

**Solidarität statt Wettbewerb**

Gesundheit,  
Soziale Dienste, Bildung  
und Wissenschaft



### Für die Krankenhäuser fordern wir:

- ➔ Das gesamte Budget der Kliniken mit den Personalkosten aller Berufsgruppen muss raus aus dem Finanzierungssystem der Fallpauschalen (Diagnosis Related Groups, DRG)! Die tatsächlichen Kosten müssen bei wirtschaftlicher Betriebsführung voll erstattet werden. Die DRGs gehören abgeschafft. Zudem müssen die Länder ihrer Verpflichtung zur Finanzierung von Investitionen der Krankenhäuser endlich umfassend nachkommen. Bettenabbau und (Teil-)Schließungen aus rein wirtschaftlichen Motiven müssen unterbleiben.
- ➔ Die von ver.di, dem Deutschen Pflegerat und der Deutschen Krankenhausgesellschaft vorgelegte Personalbemessung für die Krankenpflege, PPR 2.0, muss rasch verbindlich eingeführt werden. Sollte der Bundesfinanzminister sein Veto einlegen, gibt es Ärger! Die Qualität der Pflege darf sich nicht nach der Kassenlage richten. Es braucht endlich Vorgaben für die Anzahl des Personals, die sich am tatsächlichen Bedarf orientieren, und zwar für alle Berufsgruppen im Krankenhaus.
- ➔ Alle ausgegliederten Bereiche gehören in die Kliniken zurück. Ein Betrieb, eine Belegschaft, ein Tarifvertrag!



### Für die Psychiatrien fordern wir:

- ➔ Die Personalvorgaben der PPR-RL müssen endlich zu 100 Prozent verbindlich, Verstöße bestraft werden. Derzeit wird die Mindestausstattung nur zu durchschnittlich 78 Prozent eingehalten. Die längst überholten Mindestvorgaben müssen dringend an aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse und Behandlungsbedarfe angepasst werden.
- ➔ Auch in psychiatrischen Einrichtungen muss überall gelten: ein Team – ein Tarifvertrag! Und es gilt weiterhin die Forderung: Keine Nacht allein!



### Für die Altenpflege fordern wir:

- ➔ Verbindliche und bedarfsgerechte Personalbemessung – einheitlich von der Nord- und Ostsee bis zum Bodensee. Denn der Bedarf für gute Pflege unterscheidet sich nicht nach Wohnort.
- ➔ Weiterentwicklung der Pflegeversicherung zur Solidarischen Pflegegarantie: Alle Bürger\*innen beteiligen sich entsprechend ihres Einkommens an der Finanzierung und haben Anspruch auf Erstattung aller pflegebedingten Kosten.
- ➔ Flächendeckende Anwendung von Tarifverträgen
- ➔ Versorgungsverträge nur mit kommunalen oder gemeinnützigen Pflegeeinrichtungen



### Für die Reha-Einrichtungen fordern wir:

- ➔ Volle Refinanzierung von Tarifverträgen. Denn die Bezahlung muss sich dringend verbessern, um Beschäftigte zu gewinnen und zu halten.
- ➔ Auch in der Rehabilitation braucht es bedarfsgerechte und einheitliche Personalvorgaben.



### Für den Rettungsdienst fordern wir:

- ➔ Runter mit den Höchstarbeitszeiten! Der Staat als Arbeitgeber muss im Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) dem Vorbild des DRK-Reformtarifvertrags folgen.



**Sei dabei!**

**mitgliedwerden.verdi.de**

**Gemeinwohl statt Profit**

**Solidarität statt Wettbewerb**